

Blick auf die auswärtigen Angelegenheiten des Kantons Freiburg

—
2023



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Freiburg auf der Bundesbühne	2
Erneuerbare Energien	2
Bauen ausserhalb der Bauzone	3
Eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft	4
Vereinheitlichung der Finanzierung von ambulanter und stationärer Pflege	5
2 Interkantonale Beziehungen	6
Mobilisierung der Kantone für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU	6
Unterstützung der lokalen Medien und der Medienvielfalt	7
Agglomerationspolitik	8
3 Internationale Beziehungen	9
Versammlung der Regionen Europas	9
Freiburg und die Region Grand Est	10
4 Markante Ereignisse	Erreur ! Signet non défini.
Förderung der Kreislaufwirtschaft	11
St. Nikolaus ist zurück im Bundeshaus!	12
5 Rückblick in Bildern	13
Beilagen	15

Einleitung

Wir leben in einer besonders vernetzten Welt. Viele Entscheidungen, die auf nationaler und internationaler Ebene getroffen werden, haben Auswirkungen auf den Kanton Freiburg. Deshalb arbeitet der Staatsrat regelmässig mit den anderen Kantonen, dem Bund und anderen Partnerinnen und Partnern zusammen.

So wirkt der Staatsrat auf nationaler und interkantonaler Ebene bei wichtigen Themen, die den Kanton betreffen, mit und trifft sich regelmässig mit den Freiburger Parlamentariern, den Regierungen der anderen Kantone und insbesondere mit den Regierungen der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK), die ihren Sitz in Freiburg hat. Darüber hinaus vertreten die Mitglieder der Kantonsregierung die Interessen Freiburgs in den verschiedenen Fachkonferenzen, in denen sie Mitglied sind.

Auf nationaler Ebene verfolgte der Staatsrat beispielsweise die Ausarbeitung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, das sich unter anderem mit der Pflicht zur Installation von Solarkollektoren auf den Dächern neuer und grosser Gebäude und der Lockerung der Restwassermenge von Wasserkraftwerken im Falle einer Stromknappheit befasst. Der Staatsrat verfolgte auch aktiv die Debatten um die Agrarpolitik AP 22+, um für die kommenden Jahre eine produktive Freiburger Landwirtschaft gewährleisten zu können.

Über die WRK unterstützte der Staat Freiburg parlamentarische Vorstösse zur Unterstützung der lokalen Medien. Dies ist ein zentrales Anliegen für den Kanton Freiburg, dessen Medienlandschaft zweisprachig ist.



Offizielles Foto 2023 des freiburgischen Staatsrats. © Etat de Fribourg – Staat Freiburg

Dieses Jahr begab sich St. Nikolaus in Begleitung einer hochkarätigen Freiburger Delegation ins Bundeshaus. Diese beliebte Veranstaltung bietet die Möglichkeit, in einem geselligen Rahmen Kontakte zur Bundespolitik und -verwaltung zu knüpfen.

Der Kanton Freiburg blickt auch über seine Grenzen hinaus. Der Staatsrat wünscht sich stabile Beziehungen zur Europäischen Union. Als Mitglied der Europakommission der Konferenz der Kantonsregierungen konnte ich die Position der Kantonsregierung in die europapolitische Debatte einbringen. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass der Bundesrat ein Verhandlungsmandat vorgelegt hat. Die Konferenz zur Kreislaufwirtschaft zeigte auch, wie wichtig die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ist. Im Rahmen der makroregionalen Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum (EUSALP) trafen sich über 150 Personen aus einem Dutzend Ländern in Freiburg.

Schliesslich beherbergt der Kanton Freiburg seit 2023 die Schweizerische Menschenrechtsinstitution (NMRI). Zur grossen Freude des Staatsrates hat diese von Bund und Kantonen finanzierte Institution ihren Sitz im Herzen der Stadt Freiburg.

Olivier Curty
Staatsrat

1 Freiburg auf der Bundesbühne

Erneuerbare Energien

Im Jahr 2023 behandelten die eidgenössischen Räte das [Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien](#), mit dem das Energiegesetz vom 9. Juni 2000 und das Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Stromversorgung revidiert werden. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die entsprechenden Ziele, die in der [Energiestrategie 2050](#) festgelegt sind, erreicht werden können. Dazu gehört auch, dass die Schweiz eine hohe Energieversorgung aufrechterhalten und sichern und gleichzeitig durch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen zur Verringerung der Umweltverschmutzung beitragen muss.

Der Staatsrat hat sich von Anfang an für das Gesetz eingesetzt. Er trat insbesondere für eine zunehmende Nutzung erneuerbarer Energie, um die Stromversorgung des Landes zu gewährleisten, und für eine Verpflichtung zur Installation von Photovoltaikanlagen für neue Gebäude mit einer Fläche von mehr als 300 m² ein. Die Beibehaltung der Restwasservorschriften wurde in den eidgenössischen Räten lange diskutiert. Der Staatsrat war für die Beibehaltung, fügte jedoch eine Lockerungsmassnahme für den Fall einer nachgewiesenen Stromknappheit hinzu.



Der Staudamm von Rossens liefert jedes Jahr Energie für mehr als 46 000 Haushalte. Erneuerbare Energie ist eine Priorität für den Staatsrat, der das dahingehende Bundesgesetz über die Energie unterstützt hat.

Bauen ausserhalb der Bauzone

[Die 2. Phase der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung \(RPGII\)](#) hat zum Ziel, die Frage des Bauens ausserhalb der Bauzonen zu regeln. In der Vernehmlassung wies der freiburgische Staatsrat namentlich auf die Herausforderungen bei der Umsetzung des Entwurfs und den mangelnden Spielraum der Kantone hin. Auch fehlten im Entwurf die Kosten der Ressourcen und die finanziellen Auswirkungen. Der Staatsrat bekämpfte insbesondere die Möglichkeit der Kantone, Spezialzonen ausserhalb der Bauzone zu bezeichnen, in denen Nutzungen zulässig sind, die nicht aufgrund ihrer Zweckbestimmung vorgegeben sind.

Dies Massnahme widersprach dem Grundsatz des RPG, das die Bauzonen genau definierte und eine dichtere Bebauung anstrebt, um die Zersiedelung zu verhindern.

Nach zahlreichen Änderungen und langen Debatten während des ganzen Jahres wurde die Vorlage in der Herbstsession 2023 unter Dach und Fach gebracht. Es bestehen zahlreiche Umsetzungsfragen, und die Auswirkungen auf die Finanzen und die Ressourcen des Kantons sind noch schwer abzuschätzen, werden aber nicht unerheblich sein. Der Staatsrat wird im Laufe des Jahres 2024 zu den Anpassungen der Raumplanungsverordnung Stellung nehmen können.



Der Staatsrat war aktiv an der zweiten Reform des Raumplanungsgesetzes beteiligt. Der Entwurf des RPGII ermöglicht eine bessere Regelung des Bauens ausserhalb von Bauzonen.

©Unsplash.com

Eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Der Kanton Freiburg hat den Ruf, ein landwirtschaftlicher Kanton zu sein, da fast 60 % seines Territoriums landwirtschaftlich genutzt werden. Daher wurde die [Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 \(AP22+\)](#), die vom Bundesrat im Februar 2020 unterbreitet wurde, vom Kanton intensiv verfolgt. Zunächst wurde das Budget von 14 Milliarden Franken von den eidgenössischen Räten im Jahr 2021 eingefroren und danach wieder freigegeben, das parlamentarische Verfahren erstreckte sich bis zur Sommersession 2023.

Ziel dieses Projekts ist es, die strategische Ausrichtung der künftigen Agrarpolitik der Schweiz

zu definieren, indem die Rahmenbedingungen auf den Ebenen Markt, Betrieb und Umwelt verbessert werden sollen. Dies soll sicherstellen, dass die Landwirtschaft und der Lebensmittelsektor ihre Wertschöpfung auf dem Markt erhöhen, die Ertragskraft der Betriebe stärken sowie die Umweltauswirkungen und den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen weiter reduzieren können. Der Staatsrat ist der Ansicht, dass eine intensive und nachhaltige Agrarpolitik und ein wettbewerbsfähiger Lebensmittelsektor notwendig sind, um die künftigen grossen Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig die Abhängigkeit der Landwirtinnen und -wirte von Subventionen zu verringern.



Die im Rahmen der AP22+ gewährten 14 Milliarden sollen die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit der Schweizer Landwirtschaft sicherstellen.

Vereinheitlichung der Finanzierung von ambulanter und stationärer Pflege

Die [monistische Finanzierung](#) gehört zu den grossen Reformen des Pflegesystems. Das Hauptziel ist die einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Pflege zwischen den Kantonen und den Versicherern. Der bis dahin bestehende Unterschied bei der Finanzierung begünstigte in den Tarifverhandlungen die finanziellen Interessen der Akteure. Diese Reform erforderte eine lange Behandlung in den Eidgenössischen Räten. Sie wurde 2009 eingereicht und nach fünf Legislaturperioden im Dezember 2023 unter Dach und Fach gebracht. Die Wiederaufnahme der Debatten in den Räten im Jahr 2023 führte zu einem Entwurf, bei dem der Staatsrat insbesondere intervenierte, indem er forderte, dass die

Langzeitpflege in den Entwurf aufgenommen werden sollte.

Der Staatsrat verfolgte die den Kanton betreffenden Elemente sehr nahe, so etwa die Sicherstellung des Zugangs zu den Rechnungsdaten für die Kantone und die Frist für die Umsetzung der Reform. Ausserdem sprach er sich dagegen aus, das Inkrafttreten der einheitlichen Finanzierung mit der Pflegeinitiative zu verknüpfen, da die Umsetzung der Pflegeinitiative ungewiss und nicht definiert ist. Dies führt zu Komplikationen bei der Vorbereitung auf das Inkrafttreten der monistischen Finanzierung. Diese Bedingung wurde schliesslich von beiden Kammern abgelehnt.



Mit der monistischen Finanzierung wird eine einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Pflege zwischen den Kantonen und den Versicherern eingeführt.

2 Interkantonale Beziehungen

Mobilisierung der Kantone für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

Die Freiburger Regierung wird in der [Konferenz der Kantonsregierungen \(KdK\)](#) von Olivier Curty (Volkswirtschafts- und Berufsbildungsdirektor) vertreten. 2023 weckten verschiedene von der KdK behandelte Themen die Aufmerksamkeit des Kantons Freiburg.

Die Europapolitik ist ein zentrales Dossier der KdK. 2023 wurden wichtige Schritte zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union unternommen. Der Staatsrat legte systematisch seine Position und seinen Willen dar, so schnell wie möglich zu stabilen und dauerhaften Beziehungen mit der EU zu gelangen. Im März 2023 verabschiedeten die Kantone eine [neue Standortbestimmung zur Europapolitik](#), die es ermöglichte, dem Bundesrat eine klare und einheitliche Botschaft zu übermitteln, um die Sondierungsgespräche fortzusetzen und zu

Verhandlungen zu gelangen. Im Dezember 2023 nahm der Bundesrat den Entwurf eines Verhandlungsmandats an, ein Schritt, der von der KdK begrüsst wurde.

Die Kantone haben über die KdK auch die Gründung der Schweizerischen Menschenrechtsinstitution (NMRI) begleitet. Gemäss dem Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte muss eine solche Struktur auch in der Schweiz entstehen. Insbesondere musste ein Standort für das NMRI gefunden werden. Der Freiburger Staatsrat bekundete seinen Willen, die Institution im Kanton Freiburg – als Brückenkanton und in der Nähe der grossen städtischen Zentren – anzusiedeln. Im März 2023 [wählte die Arbeitsgruppe des NMRI aus mehreren Bewerbungen Freiburg als Sitzkanton](#) aus.



Der Staatsrat setzte sich dafür ein, die Nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) in Freiburg zu beherbergen. Die NMRI bezog im September 2023 ihr Quartier in der Avenue Beauregard.

Unterstützung der lokalen Medien und der Medienvielfalt

Seit dem 1. April 2023 hat die [Westschweizer Regierungskonferenz \(Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale\)](#) (WRK) in der Person von Andreas Behr einen neuen Generalsekretär. Die WRK hat verschiedene parlamentarische Geschäfte mit Bezug zur Medienpolitik unterstützt: [22.423 Bulliard. Für eine unabhängige Presse sind die Beträge zur indirekten Förderung anzupassen](#) und [22.407 Bauer. Verteilung der Radio- und Fernsehgebühr](#). Die Initiative Bulliard zielt darauf ab, die indirekte Hilfe für lokale und regionale Medien zu erhöhen, insbesondere durch die Unterstützung der Frühzustellung.

Die Initiative Bauer hingegen ändert das Radio- und Fernsehgesetz, indem darin die Quote für regionale Radio- und Fernsehsender erhöht wird. Die WRK hat ein Schreiben an die parlamentarischen Kommissionen gerichtet, um diese beiden wichtigen Vorlagen für eine unabhängige und vielfältige Medienberichterstattung zu unterstützen.

Der Vorstand der WRK tauschte sich auch über die Themen Energiesicherheit, Europapolitik und Sparmassnahmen des Bundes aus.



Der Staatsrat fordert vom Parlament eine stärkere indirekte Unterstützung für die lokalen Medien. Er tut dies in Zusammenarbeit mit der Westschweizer Regierungskonferenz und ihrem neuen Generalsekretär Andreas Behr.

Agglomerationspolitik

Der Kanton Freiburg ist Mitglied des Vereins [Hauptstadtregion Schweiz](#) (HRS), der zum Ziel hat, die Bedeutung seiner Regionen als innovative Lebens- und Wirtschaftszentren sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu stärken. In diesem Jahr wurde Staatsratspräsident Didier Castella neben dem Berner Stadtpräsidenten Alec von Graffenried zum Co-Präsidenten des Vereins ernannt.

Am 11. Agglomerationsforum der HRS in Ittigen (BE) standen die Agglomerationsprojekte im Mittelpunkt. Die verschiedenen Kantone und die verschiedenen Regionen und Städte, die Mitglieder des Vereins sind, hatten die Gelegenheit, die Anstrengungen zu beleuchten, die zur Entwicklung dieser Räume in den Bereichen Raumplanung, Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung unternommen werden.

Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier sprach unter anderem über die Fortschritte beim Projekt [Mobul](#) und die Visionen für die Zukunft.

Darüber hinaus wurde in diesem Jahr von der HRS auch der erste [«Preis für Zweisprachigkeit»](#) verliehen. Der mit 15 000 Franken dotierte Preis ging an das [Kollektiv Actif Posthelvetia](#) für «la nation» / «Die Nation», ein zweiteiliges Theaterstück, das in deutscher und französischer Sprache aufgeführt wird. In diesem Universum setzt sich die Heldin Helvetia für die Abschaffung der Schweiz ein, wobei sie sich von Raymond Queneaus Stilübungen inspirieren lässt. Zweisprachigkeit ist eine der sieben thematischen Prioritäten der HRS, die sich als Bindeglied zwischen den verschiedenen Sprachkulturen und den verschiedenen Mitgliedern des Vereins versteht.



Staatsratspräsident Didier Castella lancierte das 11. Forum der Hauptstadtregion Schweiz in Ittigen (BE). HRS hat sich zum Ziel gesetzt, die Bedeutung ihrer Regionen als Zentren innovativer Lebens- und Wirtschaftsräume zu stärken.



Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier präsentierte die Fortschritte des Mobul-Projekts.

3 Internationale Beziehungen

Versammlung der Regionen Europas

Als Mitglied der [Versammlung der Regionen Europas \(VRE\)](#) beteiligt sich der Kanton Freiburg an verschiedenen Organen. Bei der Generalversammlung im Juni 2023 wurde neben den statutarischen Elementen auch die Wahl des Präsidiums durchgeführt. Da die Amtszeit des Schweden Magnus Berntsson, der seit 2017 im Amt war, auslief, wählte die Generalversammlung den Spanier Albert Castellanos zum neuen Präsidenten. Er ist Sekretär für Unternehmertum und Wettbewerbsfähigkeit der Generalitat von Katalonien. Die Amtszeit des Präsidenten oder der Präsidentin dauert zwei Jahre und kann dreimal verlängert werden.

Das Büro der Versammlung der Regionen Europas nahm eine von der *Taskforce* Tourismus verfasste

Stellungnahme an. Das Positionspapier betont die Bedeutung der Regionen bei der Umwandlung des Tourismus in einen widerstandsfähigen, inklusiven, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Sektor. Die Versammlung der Regionen Europas fordert die europäischen Institutionen auf, die Rolle der Regionen anzuerkennen und sie beim Übergang zu einem nachhaltigen Tourismus zu unterstützen. Ebenso wird gefordert, die Kultur und das kulturelle Erbe der Regionen zu unterstützen, um die Attraktivität der Regionen zu erhöhen. Dieses Positionspapier wird an die Behörden der Europäischen Union weitergeleitet, damit diese die Regionen in ihrer Politik berücksichtigen.



Der Kanton Freiburg war an der Generalversammlung der VRE vom 28. bis 30. Juni 2023 in Barcelona vertreten. Sie verabschiedete eine schriftliche Stellungnahme an die EU-Institutionen, in der sie die Bedeutung eines nachhaltigen Tourismus in der Zukunft hervorhebt.

Freiburg und die Region Grand Est

Der Kanton Freiburg unterhält seit mehreren Jahren eine Partnerschaft mit der Region Grand Est in Frankreich. Ende März traf sich Staatsrat Olivier Curty im Rahmen der Veranstaltung [EUSALP](#) in Freiburg mit Brigitte Torloting, der Vizepräsidentin der Region Grand Est, zu einem Austausch und einer Arbeitssitzung. Die Politikerin und der Politiker sprachen über das Thema Kreislaufwirtschaft und erörterten Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Brigitte Torloting stellte insbesondere die Strategie der Region Grand Est im Bereich der Kreislaufwirtschaft vor.

Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit in den Bereichen Wasserstoff und Biowirtschaft fortgesetzt. So wurden vom Kanton zwei [Interreg-B](#)-Projekte bewilligt. Das erste, GreenSKHy, betrifft die Ausbildung im Bereich grüner Wasserstoff mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg ([HTA-FR](#)) und [afpa](#) Grand-Est. Das zweite Projekt heisst BioAccelerate: Es soll es im Biowirtschafts-Sektor tätigen *start-ups* erlauben, schneller erfolgreich in den Markt einzusteigen. In ihrem Entscheidungsprozess stimmte die Europäische Union der Finanzierung von GreenSKHy zu, lehnte jedoch das BioAccelerate-Projekt ab.



Eine Delegation der Region Grand Est reiste im Rahmen der Veranstaltung EUSALP im März 2023 nach Freiburg. Das Thema Kreislaufwirtschaft stand im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen Freiburg und der Region Grand Est.

4 Höhepunkte

Förderung der Kreislaufwirtschaft

Das Schweizer Präsidium der makroregionalen Strategie der Europäischen Union für die Alpenregion ([EUSALP](#)) wurde in Freiburg mit einer zweitägigen Konferenz zum Thema Kreislaufwirtschaft lanciert. An der internationalen Veranstaltung, die gemeinsam vom Kanton Freiburg, von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und vom Bund organisiert wurde, kamen über 150 Personen aus einem Dutzend Ländern zusammen, und sie wurde in fünf Sprachen übersetzt.

Die erste Schweizer EUSALP-Konferenz bot auch die Chance, als Plattform für die Präsentation der «Roadmap für die Kreislaufwirtschaft des Kantons

Freiburg» durch Staatsrat Jean-François Steiert zu dienen. Diese Roadmap legt besonderes Augenmerk auf die Lebensmittelindustrie und den Baubereich.

Die Konferenz endete mit der «Freiburger Erklärung 2023», die von allen Teilnehmenden, die dies wollten, unterzeichnet wurde. Diese Erklärung soll die Länder und Regionen, die Mitglieder von EUSALP sind, dafür sensibilisieren, wie wichtig es ist, den Rohstoffen Sorge zu tragen. Die Erklärung will Plattformen für den Austausch und gemeinsame Projekte fördern.

Alle Bilder dieser Veranstaltung finden Sie auf der [flickr-Seite](#) des Staates Freiburg.



Die «Freiburger Erklärung» schlägt ein gemeinsames Engagement für die Kreislaufwirtschaft vor und möchte die Zusammenarbeit, Austauschplattformen und gemeinsame Projekte fördern. Sie wurde von zahlreichen teilnehmenden Personen unterzeichnet, die bei der EUSALP-Konferenz in Freiburg anwesend waren.

St. Nikolaus ist zurück im Bundeshaus!

Am Dienstag, 5. Dezember 2023, kehrte St. Nikolaus unter die Bundeshauskuppel zurück. Er überbrachte die Botschaft eines authentischen Kantons, der seinen Traditionen nahesteht und gleichzeitig den Blick in die Zukunft und auf die Innovation richtet. In seiner Rede, die von Humor und Ironie geprägt war, blickt der Bischof von Myra auf die Aktualität des Jahres zurück. Staatsratspräsident Didier Castella sprach, im selben Ton, vor ihm.

Wie es der Brauch will, wird St. Nikolaus von der Heiligen Barbara und der Heiligen Katharina, den beiden weiblichen Schutzheiligen der Stadt Freiburg, von zwei Schmutzlis, von Pfeifferinnen und Pfeiffern und von Korbträgerinnen und -trägern begleitet, die aus dem Kollegium St. Michael Freiburg stammen.

Mit dieser Veranstaltung, die vom Staatsrat organisiert wird und unter der Schirmherrschaft der Freiburger Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier steht, kann der Kanton seine Verbindungen zu Bundesbern festigen. Er findet zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode statt.

Der Abend findet in einer gemütlichen und lockeren Atmosphäre statt und wird von typischen Produkten, die von Terroir Fribourg angeboten werden, begleitet, um dem Gaumen der Gäste, unter denen sich auch Bundesrat Alain Berset befindet, zu schmeicheln.

Alle Bilder dieser Veranstaltung finden Sie auf der [flickr-Seite](#) des Staates Freiburg.



St. Nikolaus, St. Barbara und St. Katharina wenden sich in der Galerie des Alpes an die Gäste des Staatsrates. Diese Veranstaltung, die einmal pro Legislaturperiode des Bundes stattfindet, ermöglicht es dem Kanton Freiburg, seine Beziehungen zu Bundesbern zu festigen.

5 Rückblick in Bildern



Freiburg, 24. Januar 2023

Der Staatsrat empfängt den französischen Botschafter, Frédéric Journès, und den deutschen Botschafter, Michael Flügger, um den 60. Jahrestag des Elysée-Vertrags zu feiern.



Neuenburg, 25. April 2023

Der Staatsrat wird vom Staatsrat des Kantons Neuenburg zu einem Arbeitstreffen empfangen.



Freiburg, 2. Mai 2023

Der Staatsrat empfängt den brasilianischen Botschafter zu einem Höflichkeitsbesuch.



Murten, 29. Juni 2023

Der Bundesrat führt seine Schulreise im Kanton Freiburg durch. Er wurde von den Behörden Murten empfangen, bevor es zu einem Treffen mit der Bevölkerung kam.



Freiburg, 20. September 2023

Unter dem Präsidium von Brigitte Häberli-Koller führt der Ständerat seinen jährlichen Ausflug in den Kanton Freiburg durch.



Moléson, 9. Oktober 2023

Jacques Bourgeois, Nationalrat und Präsident der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie, empfängt seine Kollegen der UREK-N auf dem Gipfel des Moléson.



Bulle, 10. November 2023

Mathilde Gremaud bringt ihre brandneue Modelinie in Zusammenarbeit mit der Marke Fribourg auf den Markt.



Freiburg, 28. November 2023

Der Staatsrat empfängt Bundesrat Albert Rösti zu einer Arbeitssitzung in den Räumlichkeiten der Staatskanzlei.

Beilagen

Kantonale Direktorenkonferenzen

Direktorenkonferenzen auf nationaler Ebene (Stand am 31.12.2023)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktor	Vizepräsident
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	ILF-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK)	FIN-Direktor	Mitglied
Tripartite Konferenz (TK)	RIMU-Direktor	Präsident
Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RIMU-Direktor	Vizepräsident
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	RIMU-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	VWB-Direktor	Mitglied
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	BKA-Direktorin	Vizepräsidentin
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	BKA-Direktorin	Vorstandsmitglied
Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG)	SJS-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (RK MZF)	SJS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJS-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)	GS-Direktor	Mitglied
ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Staatskanzlerin	Mitglied Leitender Ausschuss
Schweizerische Staatsschreiberkonferenz (SSK)	Staatskanzlerin	Vorstandsmitglied

Schweizerische Regionalkonferenzen (Stand am 31.12.2023)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Hauptstadtregion Schweiz (HRS)	ILF-Direktor	Co-Präsident
Conférence latine des directeurs cantonaux du numérique (CLDN)	FIN-Direktor	Vizepräsident
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweiz, Berns und des Tessins (CLDF)	FIN-Direktor	Mitglied
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltdirektoren der Westschweiz und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RIMU-Direktor	Präsident
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	RIMU-Direktor	Präsident
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Regierungsausschuss FH-WS	VWB-Direktor	Vorstandsmitglied
Greater Geneva Berne Area (GGBa)	VWB-Direktor	Mitglied
Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS)	VWB-Direktor	Mitglied
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP) : Plenarversammlung Kultur	BKA-Direktorin	Präsidentin
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	BKA-Direktorin	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	BKA-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	SJS-Direktor	Mitglied
Westschweizer Konferenz für Geldspiele (CRJA)	SJS-Direktor	Mitglied
Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ)	SJS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)	SJS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für die zivile und militärische Sicherheit	SJS-Direktor	Mitglied
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	GS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	GS-Direktor	Mitglied
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Präsidentin

Interkantonale Vereinbarungen

Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess (Stand am 31.12.2023)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktoren- konferenz	Stand
1	Konkordat über die Fischerei im Neuenburgersee	2022	FR, NE, VD	ILFD	-	In Überarbeitung
2	Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (WFV)	01.01.2021	Alle Kantone	GSD	GDK	Freiburg ist Ende 2021 beigetreten und die Vereinbarung ist am 01.01.2022 in Kraft getreten.
3	Interkantonale Vereinbarung CARA über das elektronische Patientendossier	2021	FR-VD-GE-VS-JU	GSD	-	In Verhandlung
4	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Sanitätskräfte bei ausserordentlichen Ereignissen	01.01.2020	Alle Westschweizer Kantone	GSD	GDK	Freiburg hat die Vereinbarung am 19.06.2019 ratifiziert. Es ging um die Legitimierung und die nachhaltige Sicherung der seit 2004 vom GRIMCA begonnenen Arbeiten.
5	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) – Änderung	01.01.2020	Alle	GSD	SODK	In Kraft
6	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR	GSD	-	Freiburg hat die Vereinbarung am 22.12.2020 ratifiziert, mit rückwirkendem Inkrafttreten per 01.01.2020.
7	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR und Montagny	GSD	-	Freiburg hat die Vereinbarung am 14.01.2021 ratifiziert, mit rückwirkendem Inkrafttreten per 01.01.2020. Die Gemeinde Montagny hat die genannte Vereinbarung am 29.11.2022 infolge

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktoren- konferenz	Stand
						Auflösung der Feuerwehr gekündigt. Eine neue Vereinbarung wird derzeit ausgearbeitet.
8	Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (Vereinbarung SIERA)	01.01.2019	GE, VD, FR	RIMU	-	Gesetz vom 08.11.18 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz SIERA
9	Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	2022	Alle Kantone	RIMU	BPUK	Verabschiedung durch das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) am 15.11.2019, Freiburg per Gesetz vom 01.02.2022 beigetreten (in Kraft ab 01.01.2023)
10	Zusammenarbeitsvereinbarung für die Entwicklung und Verwaltung der Anwendung Kompass21	22.03.2021	VD, VS, FR	RIMU	BPUK	Unterzeichnet am 22.03.2021
11	Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (ISV)	2024-2025	Alle Kantone	BKAD	EDK	In Ratifikation

Staatskanzlei SK

Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg
T +41 26 305 10 45
staatskanzlei@fr.ch, www.fr.ch/sk

—

März 2024

—

Copyright: © Patrick Mülhauser

—

Auf 100 % umweltfreundlichem Papier gedruckt